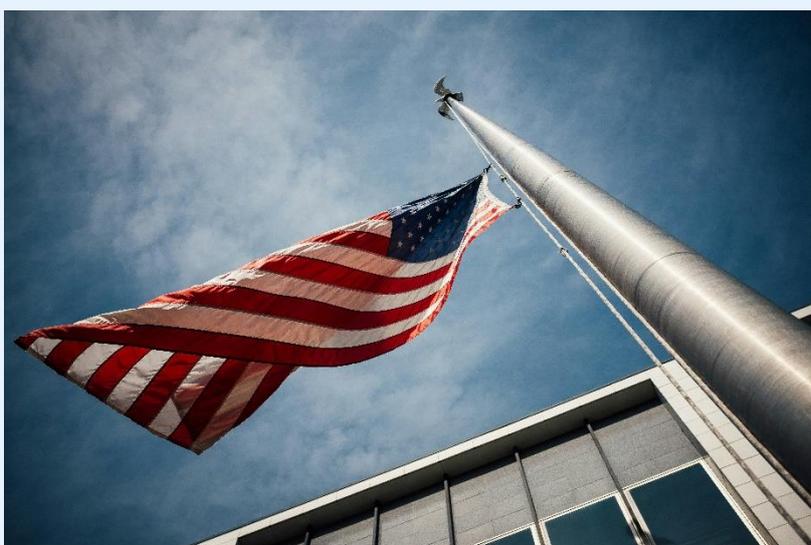


FIW-Jahresgutachten Update Oktober 2025



Autor:innen:

Yvonne Wolfmayr (WIFO)
Virág Bittó, Robert Stehrer (wiw)

Wissenschaftliche Assistenz:

Irene Fröhlich (WIFO)
Nadya Heger (wiw)

Herausgeber ist das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW).

Das FIW bietet eine Forschungsplattform, Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen sowie den Zugang zu volkswirtschaftlichen Daten. Es ist ein Kooperationsprojekt der Wirtschaftsuniversität Wien, der Universität Wien, der Johannes Kepler Universität Linz, der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiw) und des Instituts für Höhere Studien (IHS).

Es wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Frauen, Wissenschaft und Forschung (BMFWF) sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) finanziert. Das Update 2025 des Jahresgutachtens wurde aus Mitteln des BMWET gefördert. Alle Rechte vorbehalten. Jeder Teil des Inhalts dieses Gutachtens kann unter Bezugnahme auf die Quelle zitiert werden.

Für die Inhalte sind die Autor:innen verantwortlich.

FIW-Jahresgutachten Update Oktober 2025

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Prognose des Warenaußenhandels 2025 und 2026	1
1.1 Österreichische und internationale Rahmenbedingungen	1
1.2 Rezente Außenhandelsentwicklung und Prognose für 2024 und 2025	5
2. Sektorale Auswirkungen der US-Zolleskapaden	10
2.1 Einleitung	10
2.2 Neuere Entwicklungen und ausgewählte makroökonomische Indikatoren der USA	11
2.3 Potenzielle Auswirkungen der angekündigten Zollerhöhungen	13
2.4 Die US-Politik als Sargnagel des regelbasierten Welthandelssystems?	17
3. Anhang	19
4. Literatur	20

Abbildungs- und Übersichtenverzeichnis	Seite
Abbildung 1.1: Entwicklung des Welthandels (real, saisonbereinigt)	1
Abbildung 1.2: Wettbewerbsposition Österreichs	4
Abbildung 1.3: Aktuelle Entwicklung der österreichischen Warenexporte und Warenimporte (saison- und kalenderbereinigt)	5
Abbildung 1.4: Wachstumsbeiträge der Top-10-Handelspartner und ausgewählter Warengruppen im österreichischen Export	6
Abbildung 1.5: Unternehmenseinschätzungen aus dem WIFO-Konjunkturtest – Lage und Ausblick	7
Abbildung 1.6: Außenhandelsprognose	8
Abbildung 2.1: Anteil der Bruttoexporte in die USA in % der gesamten Bruttoexporte, 2023	13
Abbildung 2.2: BIP-Auswirkungen eines Rückgangs der US-Importe um 10%	17
Übersicht 1.2: Internationale Rahmenbedingungen	2
Übersicht 2.1: Exporte gesamt und in die USA (in Mio. €) und Anteile in %, 2023	14
Übersicht 2.2: Wertschöpfungsexporte gesamt und in die USA in % der österreichischen Wertschöpfung, 2023	16

1. Prognose des Warenaußenhandels 2025 und 2026

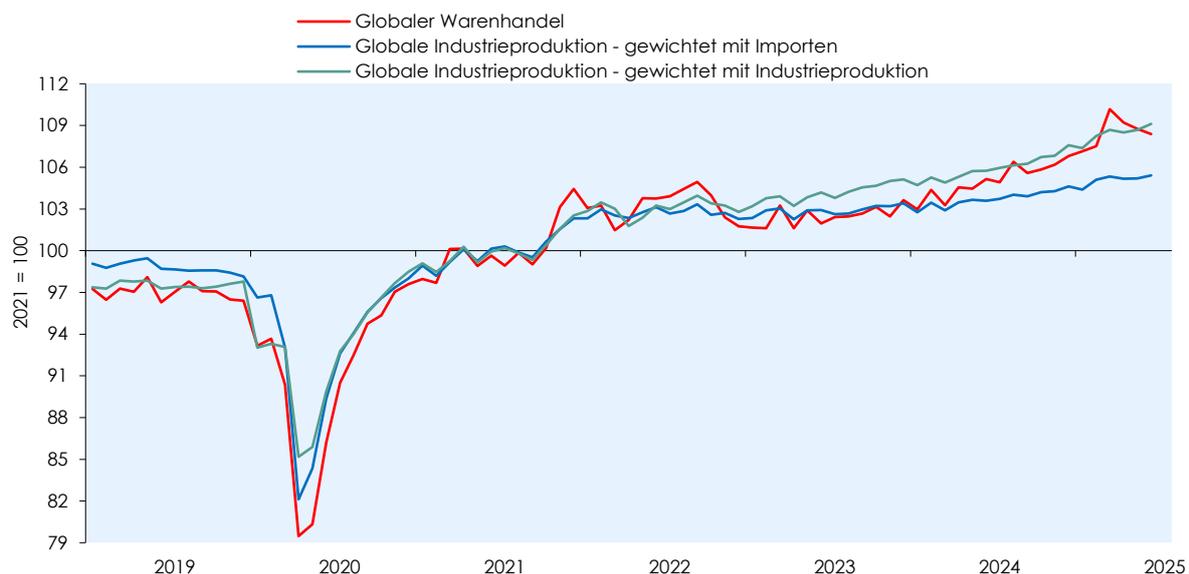
Yvonne Wolfmayr

1.1 Österreichische und internationale Rahmenbedingungen

Weltwirtschaft bislang robust

Trotz hoher wirtschaftspolitischer Unsicherheiten entwickelte sich die Weltwirtschaft bis Mitte 2025 noch robust. Der Welthandel und die globale Industrieproduktion wurden dabei vor allem durch vorgezogene US-Importe im Vorfeld angekündigter Zollerhöhungen stimuliert (Abbildung 1.1). Davon profitierte im 1. Quartal 2025 auch der Euro-Raum und insbesondere Irland durch die Aktivitäten multinationaler Unternehmen im Pharmabereich. Aber auch im Herbst 2025 wird die Weltwirtschaft weiter durch die Zollpolitik der USA belastet. Die erzielten Einigungen im Zollstreit mit der EU und mit anderen Ländern haben eine Eskalation verhindert. Zudem haben sie etwas mehr Klarheit in und Berechenbarkeit für die handelspolitischen Rahmenbedingungen gebracht, aber das nun deutlich höhere Zollniveau wird die globale Produktion und den Welthandel weiter belasten. Die sprunghafte US-Politik und die schwer erfüllbaren Versprechungen im Zollabkommen mit der EU vom Juni 2025 halten das Risiko neuer Handelskonflikte hoch.

Abbildung 1.1: Entwicklung des Welthandels (real, saisonbereinigt)



Anmerkung: Letzter Datenpunkt Juni 2025.

Quelle: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB).

Die aktuelle Prognose für die Handelspartner geht davon aus, dass die derzeit geltenden Zollsätze beibehalten werden. Dies wird auch für China angenommen, wo der Handelskonflikt mit den USA vorübergehend bis Anfang November 2025 ausgesetzt ist. Den Modellberechnungen zufolge dämpfen die Zölle die Weltwirtschaft, lösen aber keine globale Rezession aus (vgl. Kapitel 2). Dabei ist zu berücksichtigen, dass Modellberechnungen zwar gesamtwirtschaftliche Rückkoppelungen sowie Handelsumlenkungen berücksichtigen, aber Unsicherheitseffekte kaum abbilden können.

Übersicht 1.1: Internationale Rahmenbedingungen

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024	2025 Prognose	2026 Prognose
BIP real						
Euro-Raum	6,4	3,6	0,4	0,9	1,2	1,0
Deutschland	3,9	1,8	-0,9	-0,5	0,2	1,3
MOEL 5	6,4	4,1	0,3	2,1	2,5	2,8
Schweiz	6,2	3,5	0,8	1,4	1,4	1,0
USA	6,2	2,5	2,9	2,8	1,8	2,0
China	8,4	3,0	5,2	5,0	4,6	4,0
Rohölpreis (Brent, \$ je Barrel)	63,7	39,8	-16,9	-2,9	-13,6	-5,1
Erdgaspreis (Dutch TTF, € je MWh)	382,6	164,9	-66,5	-15,5	7,7	-12,2
Wechselkurs (\$ je €)	3,7	-11,0	2,6	0,0	4,4	2,7
Real-effektiver Wechselkursindex	0,2	-1,8	3,4	0,9	1,8	0,7
Marktwachstum real Österreich	11,0	5,7	-3,2	0,5	2,5	1,0

Anmerkung: MOEL 5 – Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen, Slowenien.

Quelle: WIFO-Prognose Oktober 2025.

Etwas schwächeres Wachstum in den USA als in den Vorjahren erwartet

In den USA hat die Neuausrichtung der Zollpolitik bislang keine tieferen Spuren hinterlassen. Die private Konsumnachfrage verlor zu Jahresbeginn an Dynamik, gewann dann aber im Frühjahr wieder an Schwung. Gleichzeitig stützen KI-bezogene Investitionen die US-Wirtschaft. Die Inflationsentwicklung blieb bisher moderat (Verbraucherpreise +0,5 Prozentpunkte seit dem Frühjahr auf knapp 3% bis August), sodass ein Teil der Zollerhöhungen durch Preissenkungen der Exporteure in die USA bzw. durch die Gewinnmargen der Importeure in den USA aufgefangen wurden. Allerdings dürften sich die Zölle allmählich stärker auf die Inflation auswirken, wenn die Lagerbestände abgebaut werden und neue Importe mit höheren Kosten verbunden sind. Die Verunsicherung durch die erratische Zollpolitik hat das Konsumklima belastet und die Stimmungskennzeichen für die Unternehmen bleiben verhalten. So wird das Wachstum 2025/26, trotz des anhaltenden KI-Booms und des wohl noch weiter fortsetzenden Zinssenkungskurses der US-Notenbank sowie fiskalpolitischer Stützungsmaßnahmen (u. a. "One Big Beautiful Bill Act"), schwächer ausfallen als in den Vorjahren. Für die Wirtschaft der USA wird 2025 ein Wachstum von 1,8% prognostiziert, das im Folgejahr 2026 auf 2% ansteigen könnte (Übersicht 1.1).

Anhaltende Schwäche der Industrie im Euro-Raum, aber erste positive Impulse durch Reallohnzuwächse, niedrigere Zinsen und expansive Fiskalpolitik in Deutschland

Der starke Anstieg der Energiepreise ab 2022 hat in Europa einen negativen Angebotsschock ausgelöst und die Nachfrage nach Industriegütern deutlich gedämpft. Die nord-, mittel- und osteuropäischen EU-Länder waren aufgrund ihrer höheren Abhängigkeit von russischen Energieimporten besonders betroffen (Schiman-Vukan & Ederer, 2025). Im Euro-Raum verzerren positive Vorzieheffekte im 1. Quartal 2025 und Rückpralleffekte im 2. Quartal infolge der US-Handelspolitik das Konjunkturbild. Ohne diese Sondereffekte blieb das Wachstum im Euro-Raum bis zuletzt moderat. Der private Konsum stagnierte, die handelspolitischen Unsicherheiten, aber auch der zunehmende Wettbewerb mit China sowie die Aufwertung des Euro belasteten die europäische Exportwirtschaft und die Investitionsneigung blieb verhalten. Das Wachstum im Euro-Raum dürfte sich 2025 auf 1,2% leicht beschleunigen und 2026 1% betragen. Es ist zu erwarten, dass der private Konsum und die Unternehmensinvestitionen positive Impulse geben. Die Inflation verlangsamte sich im Jahresverlauf auf 2%, was die Realeinkommen und damit die Kaufkraft stützte. Günstigere Finanzierungsbedingungen durch die Leitzinssenkungen der EZB und nachlassende Unsicherheit sollten auch die Unternehmensinvestitionen wieder beleben. Auch die Wirtschaft jener Handelspartner Österreichs, die aufgrund ihrer hohen Abhängigkeit von russischen Energielieferungen durch den Energiepreisschock im Jahr 2022 in eine Rezession

gerieten, erholt sich langsam von dieser Krise. Besonders schwer wiegt nach wie vor die Schwäche der deutschen Industrie. Diese ist neben dem Mangel an Nachfrage auch auf strukturelle Schwächen zurückzuführen (Wollmershäuser et al., 2025). Das Wachstum in Deutschland bleibt mit prognostizierten 0,2% im Jahr 2025 noch schwach (Übersicht 1.1). Positive Impulse aus den geplanten fiskalischen Mehrausgaben sind in Deutschland erst im Jahr 2026 zu erwarten. Das Wirtschaftswachstum des wichtigsten Handelspartners könnte 2026 1,3% erreichen. Die auf europäischer Ebene koordinierte Verteidigungsinitiative mit den Plänen zur massiven Erhöhung der Verteidigungsausgaben in der EU wird angesichts knapper Budgets in vielen EU-Ländern wohl nur begrenzt konjunkturwirksam sein, zudem wird der kurzfristige Bedarf vielfach durch Importe gedeckt werden müssen.

Druck auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs aufgrund hoher Arbeitskosten abgemildert

Basierend auf diesen Annahmen zur internationalen Konjunktur und den darauf aufbauenden internationalen Importprognosen wird das Wachstum der österreichischen Exportmärkte im Jahr 2025 bei 2,5% liegen, sich aber bis 2026 auf 1% verlangsamen. Diese Wachstumsimpulse werden sich nicht zur Gänze im österreichischen Exportwachstum niederschlagen, da die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und die Belastungen der österreichischen Industrie in den letzten Jahren noch nachwirken. In Umfragen der Wirtschaftskammer nennen die Industrieunternehmen vor allem den Anstieg der Arbeitskosten als Grund für die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Der Inflationsabstand zum Durchschnitt des Euro-Raums hatte sich im Laufe des Jahres 2024 deutlich verringert, steigt aber seit Jahresbeginn 2025 wieder an und lag in den Sommermonaten wieder bei rund 2 Prozentpunkten. Dies ist jedoch zu einem großen Teil auf Preissteigerungen in den Dienstleistungsbranchen zurückzuführen, in denen Preiserhöhungen im Gegensatz zur exportorientierten Industrie leichter überwältigt werden können.

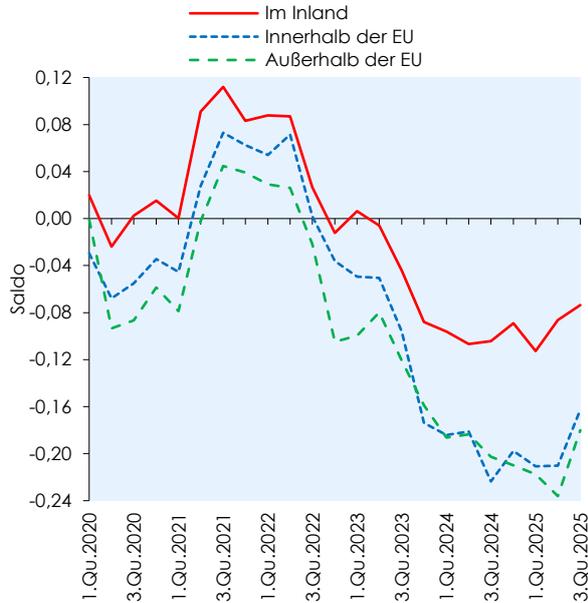
Abbildung 1.2 untermauert dies, sie zeigt u. a. die Differenz der Exportpreissteigerung eines Landes zum Euro-Raum-Durchschnitt. Um dem Wettbewerbsdruck infolge der in den letzten Jahren stark gestiegenen relativen Lohnstückkosten und des Inflationsabstandes zu begegnen, haben sich die österreichischen Exportpreise (nach vorläufigen Daten von Statistik Austria) im Vergleich zum Durchschnitt des Euro-Raums nur moderat angepasst und sind im Jahr 2024 sogar gesunken. Der Druck auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft dürfte in den Prognosejahren 2025 und 2026 etwas schwächer ausfallen als in den Vorjahren. So ergab sich zumindest in der ersten Jahreshälfte 2025 keine weitere Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten und dem real-effektiven Wechselkurs auf Basis der Lohnstückkosten¹⁾. In den WIFO-Konjunkturumfragen überwiegt zwar weiterhin deutlich der Anteil der Unternehmen, die für die kommenden Monate eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erwarten, und die Einschätzung der eigenen Wettbewerbsposition durch die Industrieunternehmen bleibt damit auf historischen Tiefstständen, aber auch hier ist eine Bodenbildung erkennbar²⁾.

¹⁾ Wechselkurse auf Basis des HVPI bzw. VPI beziehen viele Dienstleistungen und auch nicht-handelbare Güter mit ein, die für die Preisentwicklung im Warenexport weniger relevant sind.

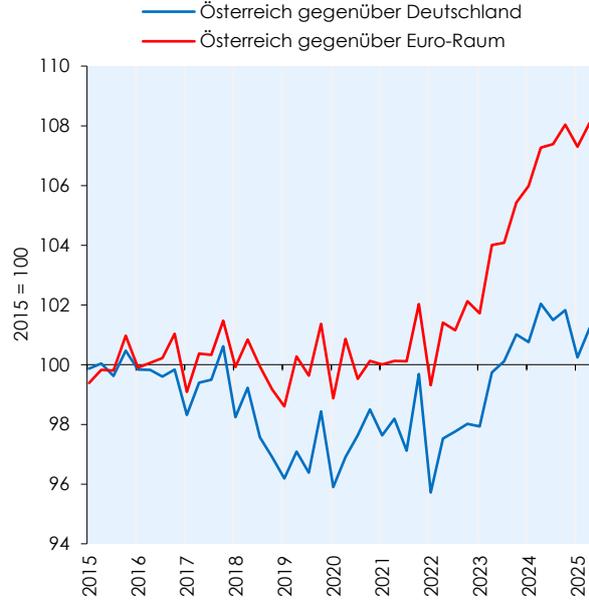
²⁾ Die Wettbewerbsfähigkeit wird von den befragten Industrieunternehmen jedoch breiter interpretiert als die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Sie spiegelt sehr oft auch nachfragebedingte konjunkturelle Schwankungen wider, da der Wettbewerbsdruck in Rezessionsphasen für die Unternehmen zunimmt.

Abbildung 1.2: Wettbewerbsposition Österreichs

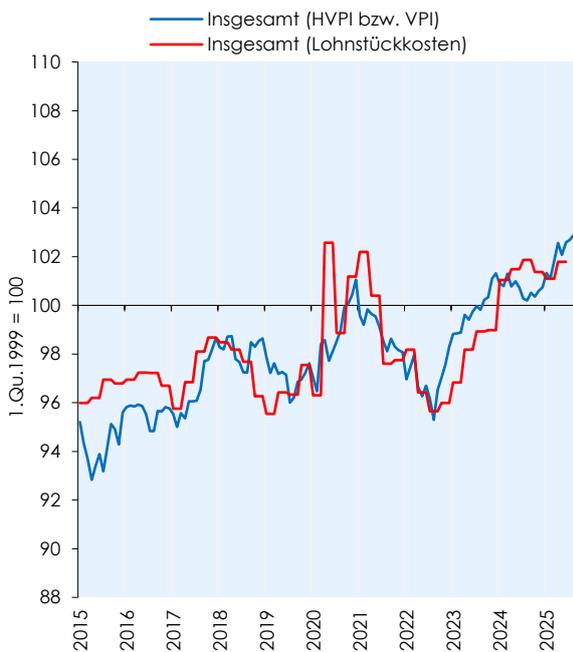
Unternehmenseinschätzung zur eigenen Wettbewerbsposition in den letzten 3 Monaten



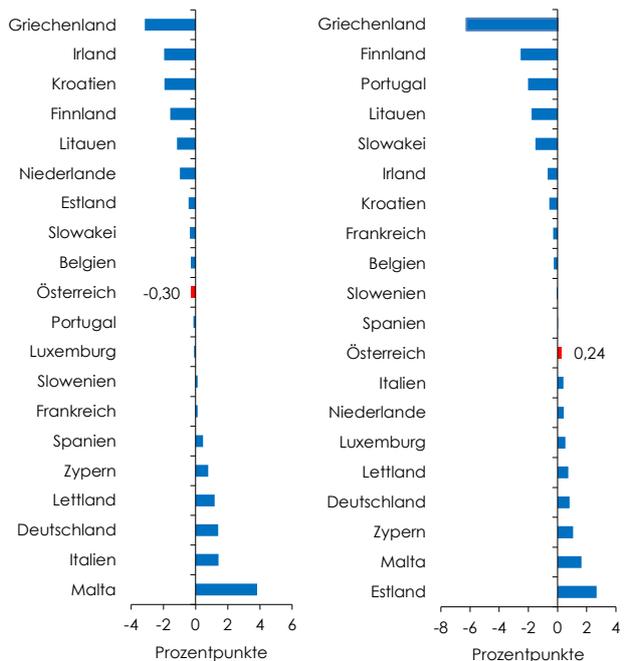
Relative Lohnstückkosten (saisonbereinigt)



Real-effektiver Wechselkursindex



Abweichung der Preisentwicklung zum Euro-Raum 1. bis 2. Quartal 2025



Anmerkung: Der Saldo bei der Unternehmenseinschätzung errechnet sich aus dem Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten eine steigende Wettbewerbsposition erwarten, minus dem Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten eine sinkende Wettbewerbsposition erwarten. Die Lohnstückkosten werden mit dem BIP zu Faktorkosten (deflationiert mit dem BIP-Deflator) berechnet. Der real-effektive Wechselkurs ist export- und importgewichtet und in Klammern ist die Art der Deflationierung angegeben. Die Abweichung der Preisentwicklung ergibt sich aus dem Vergleich der Veränderungsrate der Warenexportpreise mit dem Euro-Raum.

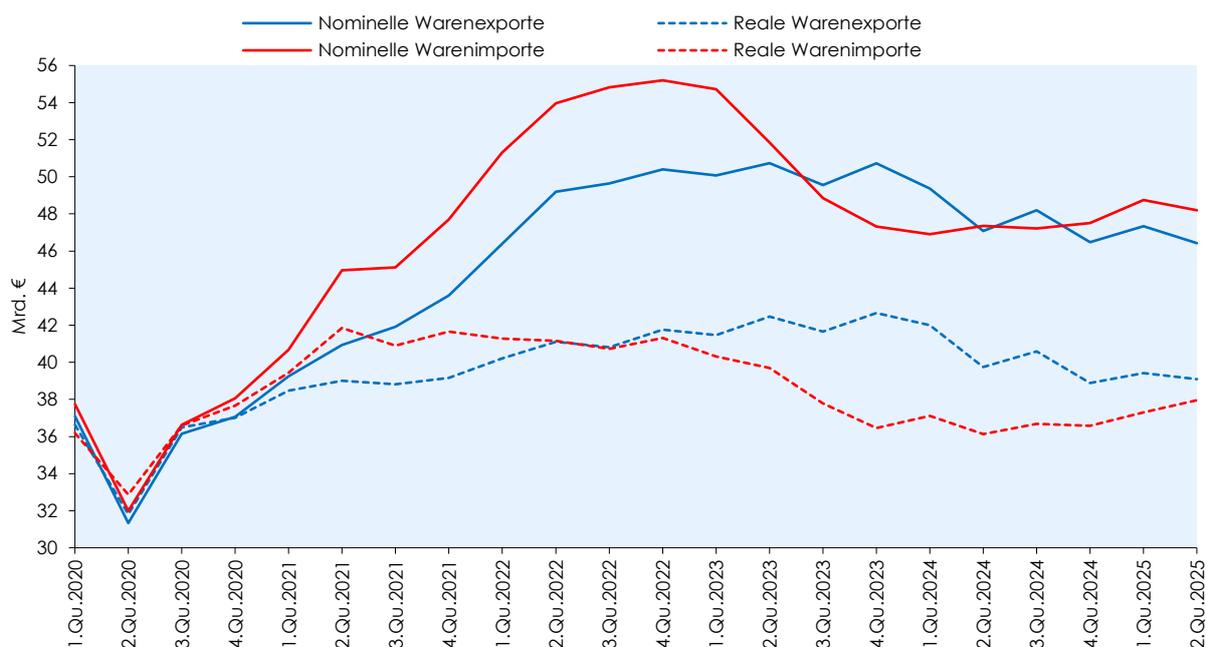
Quelle: WIFO-Konjunkturtest September 2025, Eurostat, WIFO-Berechnungen.

1.2 Rezente Außenhandelsentwicklung und Prognose für 2024 und 2025

Schwache globale Investitionsgüternachfrage und US-Zollpolitik belasten österreichische Exportwirtschaft

Die österreichische Exportwirtschaft stand im ersten Halbjahr 2025 ganz im Zeichen des schwachen wirtschaftlichen Umfelds und der geopolitischen und handelspolitischen Unsicherheiten. Die Wachstumsdynamik wird deutlich, wenn man den Verlauf der saison- und kalenderbereinigten Quartalswerte betrachtet (Abbildung 1.3). Im Trend des Exportwachstums war im ersten Halbjahr 2025 noch keine Erholung in Sicht.

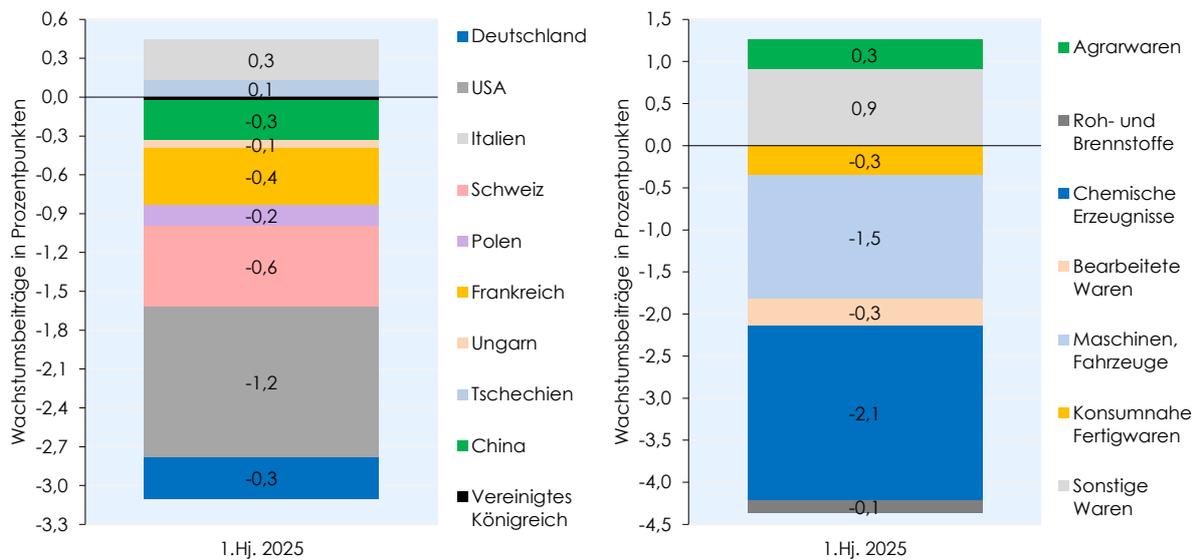
Abbildung 1.3: Aktuelle Entwicklung der österreichischen Warenexporte und Warenimporte (saison- und kalenderbereinigt)



Quelle: Statistik Austria; WDS - WIFO-Daten-System, Macrobond, WIFO-Berechnungen.

Nach den Wachstumseinbußen in der Höhe von 4,8% im Jahr 2024, brachen die Warenexporte zu laufenden Preisen (nominell) laut den vorläufigen Außenhandelsdaten von Statistik Austria bis Juni 2025 neuerlich um 3,1% ein. Preisbereinigt fielen die Warenexporte um 4,2% im Vergleich zum Vorjahr. Unter den zehn wichtigsten Handelspartnern Österreichs wiesen nur die österreichischen Lieferungen nach Italien (+5,1%) und Tschechien (+3,6%) ein Wachstum gegenüber dem Vorjahr auf. Die Wachstumsbeiträge dieser Entwicklung sind in Abbildung 1.4 dargestellt. Die anhaltende Schwäche der deutschen Wirtschaft bremste die österreichischen Exporte im bisherigen Jahresverlauf 2025 erneut, doch steigende Lieferungen von Pkw und sonstigen Waren (insbesondere Gold) wirkten einem noch stärkeren Einbruch entgegen. Die Exporte in den wichtigsten Handelspartner Deutschland fielen um 1,1% im ersten Halbjahr 2025.

Abbildung 1.4: Wachstumsbeiträge der Top-10-Handelspartner und ausgewählter Warengruppen im österreichischen Export



Quelle: Statistik Austria; WDS - WIFO-Daten-System, Macrobond.

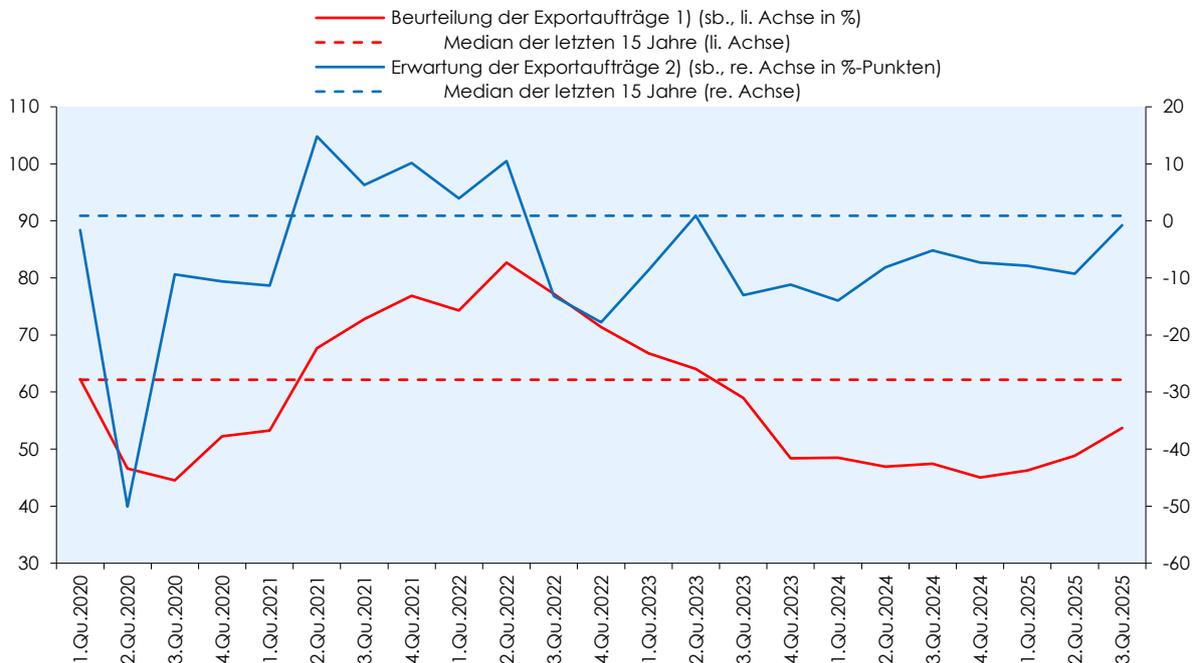
Den größten negativen Beitrag (-1,2 Prozentpunkte) lieferte der Einbruch der Exporte in die USA um 14,4%. Österreichs Exportwirtschaft konnte im ersten Halbjahr 2025 aufgrund ihrer starken Spezialisierung auf Maschinenbauprodukte nicht so stark von der durch Zollerwartungen bedingten vorgezogenen hohen Importnachfrage aus den USA profitieren wie andere Länder. Vorzieheffekte im unsicheren Umfeld der erratischen US-Zollpolitik betrafen Konsumgüter, Vor- und Zwischenprodukte sowie chemische und pharmazeutische Waren stärker als Maschinen und Investitionsgüter mit deutlich längeren Produktionsvorlaufzeiten und höheren Investitionsrisiken. Dieses Muster spiegelt sich auch in der österreichischen Exportentwicklung mit den USA wider. Die Exporte von konsumnahen Fertigwaren stiegen um 9,1% und jene von bearbeiteten Waren um 7,8%, lieferten aber nur geringe Wachstumsbeiträge. Negativ betroffen waren hingegen vor allem die für die österreichischen USA-Exporte besonders wichtigen Maschinenausfuhren (-20,4%). Noch stärker brachen die Exporte von pharmazeutischen Erzeugnissen ein (-30,3%). Überlagert wurde diese Entwicklung von außergewöhnlich hohen Zuwächsen der Exporte von pharmazeutischen Erzeugnissen zu Beginn des Jahres 2024. Diese schwächten sich im weiteren Jahresverlauf 2024 ab und blieben bis zum Ende des ersten Halbjahres 2025 deutlich unter den Wachstumsraten des Vorjahres. Indirekt konnte Österreich in der ersten Jahreshälfte 2025 zwar am kräftigen Anstieg der Exporte pharmazeutischer Produkte aus Irland in die USA etwas partizipieren, allerdings mit einem weit geringeren Wachstumsbeitrag zu den Gesamtexporten als bei den direkten Lieferungen in die USA im Jahr 2024.

Der Einbruch der Exporte in die USA spiegelt sich in den Gesamtexporten Österreichs im ersten Halbjahr 2025 insbesondere in den stark rückläufigen Exporten von pharmazeutischen Erzeugnissen (-14,8%) und Maschinen (-4,3%) wider. Hervorzuheben ist der starke Anstieg der Goldlieferungen ins Ausland mit Zuwächsen von 65% gegenüber dem Vorjahr.

Während sich aus der Entwicklung der Warenexporte im ersten Halbjahr noch keine spürbare Erholung ablesen lässt, hat sich die Stimmung der Exporteure laut WIFO-Konjunkturumfrage vom September 2025 weiter aufgehellt. Die Unternehmen blicken wieder optimistischer auf die Auftragsbestände aus dem Ausland (Abbildung 1.5). Auch die vierteljährlich erhobenen Exporterwartungen haben sich erstmals seit dem 3. Quartal 2024 verbessert, am deutlichsten in der für Österreich wichtigen Investitionsgüterindustrie. Diese Einschätzungen deuten auf eine moderate Trendwende hin. Damit dürften sich die Exporte im zweiten Halbjahr 2025 günstiger

entwickeln als im ersten Halbjahr und den Exporteinbußen des ersten Halbjahres etwas entgegenwirken. Ab dem 4. Quartal 2025 könnten die Warenexporte auch wieder positive Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr aufweisen. Nach einem Rückgang der Exporte zu konstanten Preisen (real) um 4% im Vorjahr ist für 2025 mit einer Abnahme der Exporte um 1,1% zu rechnen.

Abbildung 1.5: Unternehmenseinschätzungen aus dem WIFO-Konjunkturtest – Lage und Ausblick



Quelle: WIFO-Konjunkturtest September 2025. – ¹⁾ Anteil der Unternehmen, die ihre Exportaufträge als "ausreichend" oder "mehr als ausreichend" beurteilen. – ²⁾ Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten steigende Exportaufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten sinkende Exportaufträge erwarten.

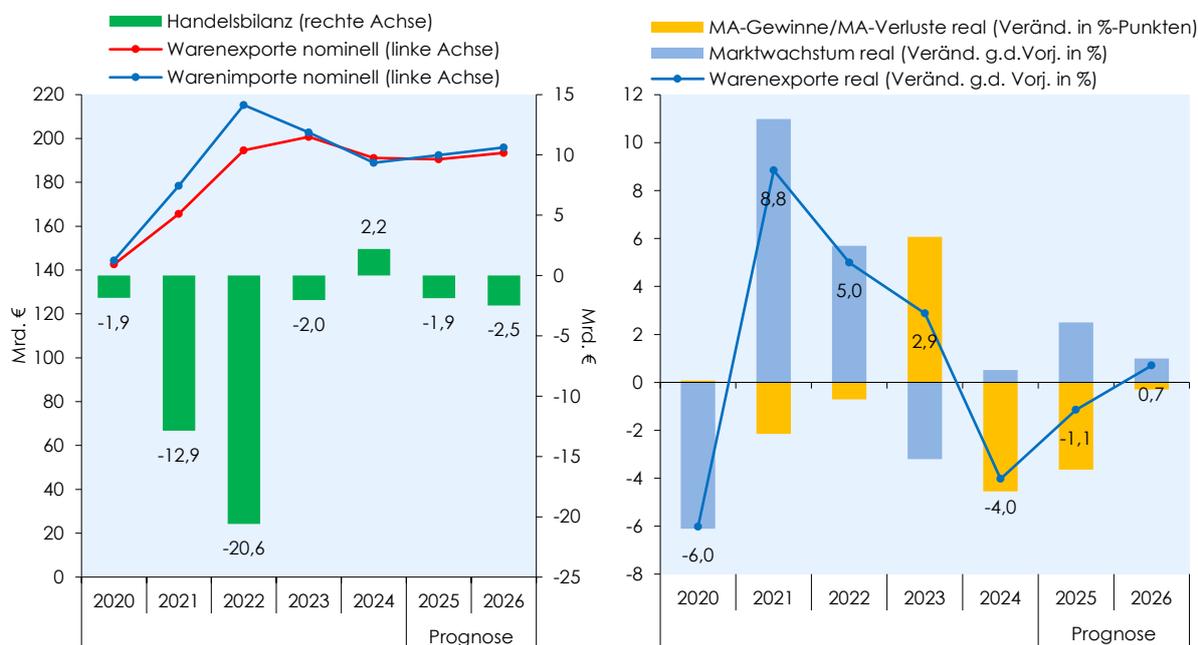
Die geopolitischen Unsicherheiten werden in den kommenden Jahren anhalten, ebenso wie die Tendenz zu mehr Protektionismus. Dies wird den Welthandel zunächst weiter einschränken. Infolge wird der internationale Handel weiterhin einen geringen Beitrag zur internationale Konjunkturentwicklung leisten. 2026 dürfte das Wachstum der österreichischen Märkte laut der Importprognosen für die Handelspartner daher nur rund 1% erreichen. Für Österreich wiegt hier der prognostizierte Einbruch der Importnachfrage aus den USA besonders schwer. Der erwartete Wachstumsimpuls in Deutschland durch Infrastrukturinvestitionen kommt der österreichischen Exportwarenstruktur weniger entgegen als ein Anspringen von Unternehmensinvestitionen oder der deutschen Exporte. Für das Jahr 2026 wird ein Anstieg der österreichischen Exporte um 0,7% (preisbereinigt) prognostiziert. Damit wird die Exportrezession nur langsam überwunden.

Für die beiden Prognosejahre 2025 und 2026 ist weiterhin mit Marktanteilsverlusten für die österreichische Industrie zu rechnen. Zwar lässt die aktuelle Entwicklung der relativen Lohnstückkosten im Euro-Raum einen geringeren Druck auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft als in den Vorjahren erwarten, dem stehen jedoch negative Güter- und Länderstruktureffekte sowie ein zusätzlicher Belastungsfaktor auf den Extra-EU-Märkten durch die recht deutliche effektive Aufwertung des Euro gegenüber. Der negative Warenstruktureffekt ergibt sich 2025 aus der weiterhin geringen Investitionsneigung der wichtigsten Handelspartner, wodurch die für Österreich wichtigen Exporte von Maschinen und Fahrzeuge belastet werden. Ein negativer Länderstruktureffekt ergibt sich aus der Konzentration des österreichischen Exports auf wenig dynamische Märkte in der Nachbarschaft. Dieser wird durch die Zollpolitik der USA

verstärkt, da damit ein Auslandsmarkt an Bedeutung verliert, der in den letzten Jahren eine wichtige Stütze der Exportwirtschaft war.

Mit der langsamen Erholung der Industrieproduktion und der Investitionen in Europa sollten die Marktanteilsverluste für österreichische Exporteure im Jahr 2026 aufgrund der günstigeren Güterstruktur der Nachfrage geringer ausfallen als im Jahr 2025. Gleichzeitig besteht die Gefahr von Handelsumlenkungseffekten durch US-Zölle: Vor allem China könnte US-Verluste durch verstärkte Exporte nach Europa kompensieren und damit den Wettbewerb verschärfen.

Abbildung 1.6: Außenhandelsprognose



Anmerkung: Marktwachstum real - Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen.

Quelle: WIFO-Prognose Oktober 2025.

Wachstum der Warenimporte bereits 2025 durch hohe Nachfrage nach Pkw und Gold sowie Pharmaprodukten

Für die Importe gehen von den inländischen und importintensiven Nachfragekomponenten kaum Wachstumsimpulse aus. Eine Ausnahme bilden Pkw-Käufe sowie eine deutlich höhere Goldnachfrage. Deutlich zugenommen haben auch die Importe von medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen (+22,5%), insbesondere aus den USA und der Schweiz, nachdem diese im Vorjahr um 16,6% eingebrochen waren³⁾. Diese Effekte dürften im Jahr 2025 zu einem Wachstum der gesamten Wareneinfuhren von 1,4% (preisbereinigt) führen. Im Jahr 2026 werden die Importe – ohne diese Sondereffekte, aber im Zuge einer langsamen Erholung der Ausüstungsinvestitionen sowie einer beginnenden Belebung der Exporte – um 1,3% zunehmen. Die Terms-of-Trade (Verhältnis der Exportpreise zu den Importpreisen) sollten sich im Prognosezeitraum leicht verbessern. Neben der Aufwertungstendenz des Euro sollten dazu vor allem die sinkenden Rohölpreise beitragen (Rohöl hat einen deutlich höheren Anteil an den Importen als an den Exporten Österreichs). Trotz des positiven Terms-of-Trade-Effekts wird sich die Handelsbilanz im Warenaußenhandel aufgrund der schwachen Exportentwicklung bei gleichzeitig

³⁾ Starke unterjährige Schwankungen im Vorjahreswachstum der Lieferung von pharmazeutischen Produkten sind nicht ungewöhnlich und hängen mit den unregelmäßigen Lieferungen von Polypeptidhormonen (aus den USA und der Schweiz) zusammen.

steigenden Importen deutlich verschlechtern und in den Prognosejahren 2025 und 2026 mit einem Defizit von 1,9 Mrd. € bzw. 2,5 Mrd. € abschließen.

Abwärtsrisiken für die Prognose vor allem durch geopolitische Konflikte und eine sprunghafte US-Zollpolitik

Erhebliche Abwärtsrisiken für die Prognose ergeben sich aus der Geopolitik: Russland weitet offenbar seine hybride Kriegsführung auf europäische NATO-Staaten aus, in Taiwan steigen Befürchtungen eines chinesischen Angriffs und Israel hat über den Sommer die militärischen Operationen im arabischen Raum intensiviert. Eine weitere Eskalation im Nahen Osten könnte Produktion und Transportwege beeinträchtigen, das globale Ölangebot verknappen und die Energiepreise erneut befeuern. Zugleich wandelt sich die globale Produktions- und Nachfragestruktur: Europas Industrie muss sich auf eine nachlassende US-Nachfrage einstellen, während China in Hochtechnologien als Wettbewerber an Gewicht gewinnt. Wie sich die europäische Industrie darauf und auf die parallellaufenden Strukturumbrüche (Dekarbonisierung, Demografie, Verlagerungen) einstellen wird, ist schwer abschätzbar und erhöht die Prognoseunsicherheit. Nicht berücksichtigt sind in der Prognose mögliche Zölle und handelspolitische Maßnahmen der EU gegenüber China, falls die Umlenkung von Importen nach Europa zu groß wird. Andererseits werden die Bemühungen der EU um weitere Handelsabkommen ebenso zunehmen wie die Versuche, wichtige europäische Nachbarn stärker einzubinden. Dies dürfte aber erst mittelfristig wirksam werden. Umgekehrt könnten wichtige Freihandelsabkommen der EU in naher Zukunft (z. B. mit Indien, Australien, Mercosur) die handelspolitische Unsicherheit etwas reduzieren. Wirtschaftspolitisch bleibt die US-Zollpolitik ein zentraler Unsicherheitsfaktor: Bei außerordentlich hohen Zollerhebungen sind die Effekte mittels Modellberechnungen schwer quantifizierbar, zusätzlich ist eine erneute Eskalation, besonders mit China, möglich. Für Europa kommt die Unsicherheit hinzu, ob die EU-US-Einigung Bestand hat. Die unberechenbare US-Politik und schwer einlösbare Versprechen der EU-Vereinbarung von Juni 2025 nähren die Gefahr weiterer Handelskonflikte ebenso wie Konfliktfelder bei der Digitalregulierung.

2. Sektorale Auswirkungen der US-Zolleskapaden

Virág Bittó und Robert Stehrer

2.1 Einleitung

Seit dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump im Jänner dieses Jahres zeigt sich die radikale Umsetzung seiner "Make America Great Again" (MAGA)-Politik besonders deutlich in der Handelspolitik. Insbesondere durch teils sehr aggressive und schwer vorhersehbare Zollankündigungen – und deren Rücknahmen – versucht die US-Regierung, außenwirtschaftliche Hebel zu nutzen, um eigene wirtschaftliche und politische Interessen durchzusetzen. Die oft erratischen und kurzfristigen Ankündigungen führen auch zu großer Unsicherheit in den Märkten, die auch durch die unterschiedliche Ausgestaltung der Vergeltungsmaßnahmen der betroffenen Länder verstärkt wird. Trotz fehlender Transparenz dienen bestimmte Ankündigungen – insbesondere jene vom 2. April 2025, dem sogenannten "Liberation Day" – weiterhin als Verhandlungsgrundlage mit vielen Ländern, obwohl deren tatsächliche Umsetzung offenbleibt.

Ein tieferes Verständnis für Trumps Zollpolitik bietet der sogenannte "Mar-a-Lago Accord", der auf die Analyse von Miran (2024) zurückgeht⁴⁾. Demnach handelt es sich bei den Zollerhöhungen nicht um spontane Maßnahmen, sondern um Elemente einer weitreichenden geopolitischen Strategie. Ziel ist eine grundlegende Umgestaltung des globalen Handels- und Währungssystems, der internationalen Finanzarchitektur, und auch der internationalen Sicherheitsarchitektur. Trump nimmt hierbei selbst große Risiken – inklusive möglicher instabiler globaler Entwicklungen – bewusst in Kauf, um diese umfassende Reorganisation voranzutreiben.

Ein zentrales Ziel ist die Reduktion des enormen Handelsbilanzdefizits der USA von etwa 1,3 Bio. \$ im Jahr 2025, etwa 4% des BIP. Dieses Defizit entsteht vor allem durch einen Importüberschuss im Warenverkehr, während die USA im Dienstleistungshandel dagegen einen Überschuss verzeichnen. Die Trump-Regierung argumentiert, dass viele Handelspartner durch Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse Importe aus den USA erschweren und damit zum US-Defizit beitragen. Zollerhöhungen werden also nicht nur als wirtschaftliches, sondern auch als politisches Druckmittel gesehen.

Die Zolleinnahmen sollen auch als Einnahmequelle der Finanzierung des "One Big Beautiful Bill Acts" dienen, der am 4. Juli 2025 beschlossen wurde und nach Meinung vieler Expert:innen das Defizit weiter in die Höhe treiben wird. Trotz Einsparungen und prognostizierter Mehreinnahmen entstehen Nettoverluste von ca. 3 Bio. \$ über zehn Jahre, was die Staatsschuldenquote von derzeit 120% auf über 140% des BIP steigen lassen. Zum Vergleich: Die Zolleinnahmen lagen im Juni 2025 bei nur 30 Mrd. \$ – kaum relevant zur Defizitfinanzierung. Die angestrebte fiskalische Konsolidierung über Zölle wirkt damit eher symbolisch und politisch motiviert, denn als wirksames Mittel gegen die hohe Staatsverschuldung.

Ein weiterer Beweggrund für Zölle liegt in der Hoffnung auf "Tariff Jumping": Ausländische Unternehmen sollen gezwungen werden, in den USA zu investieren, um Zölle zu umgehen, was die Produktion und Wertschöpfung in den USA fördern würde. Eine großflächige Rückverlagerung der Produktion in die USA würde jedoch auch eine enorme Restrukturierung der Lieferketten voraussetzen. Eine drastische Kürzung der Importe würde auch massive

⁴⁾ Stephen Miran ist Vorsitzender des Council of Economic Advisers (CEA) im Weißen Haus. Im August 2025 wurde er vorübergehend ins Direktorium der Federal Reserve berufen.

Produktionsanstrengungen notwendig machen – ein Szenario, dessen Realisierbarkeit (zumindest kurzfristig) mehr als zweifelhaft ist.

Ein weiterer Baustein der Strategie ist die angestrebte Abwertung des Dollar, der derzeit als überbewertet gilt, was die US-Exporte verteuert. Eine Abwertung würde die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern und Exporte fördern. Gleichzeitig verteuern sich dadurch Importe – was die Inflation erhöhen kann. Bisher widersetzte sich die US-Notenbank (Fed) unter Chef Jerome Powell diesen politischen Bestrebungen, vor allem wegen der bereits erhöhten Inflation⁵⁾. Trump hingegen möchte über Zinssenkungen den Dollar zusätzlich schwächen. Diese Maßnahmen verweisen auch auf das sogenannte Triffin-Dilemma: Als globale Leitwährung muss der Dollar liquide und verfügbar bleiben, was ein strukturelles US-Leistungsbilanzdefizit begünstigt. Eine Abwertung könnte daher das Gleichgewicht stören und neue Risiken auf den Finanzmärkten auslösen.

Die – unter anderem auch in Miran (2024) diskutierten – Risiken sind nicht zu unterschätzen. Eine Abwertung des Dollar könnte die Finanzierung der Staatsverschuldung gefährden, die Volatilität auf den globalen Finanzmärkten erhöhen. Auch die Unsicherheit über die Ausgestaltung und Dauer der Zölle führt zu Investitionszurückhaltung und schwächt das Wachstum. Neben den ökonomischen Zielen spielen auch außenpolitische Motive eine zentrale Rolle. Länder, die aus Sicht der USA nicht "genug" für gemeinsame Institutionen wie die NATO zahlen, werden gezielt unter Druck gesetzt.

2.2 Neuere Entwicklungen und ausgewählte makroökonomische Indikatoren der USA

Am 31. Juli kündigten die Vereinigten Staaten die Einführung neuer Zolltarife für Importe aus mehr als 60 Ländern an. Diese Maßnahmen fielen zwar weniger umfassend aus als die im April anlässlich des "Liberation Day" verkündeten Zölle, dennoch werden ihre ökonomischen Konsequenzen überwiegend negativ eingeschätzt. Da die Zölle überwiegend an die Konsumenten weitergegeben werden, wirken sie potenziell wachstumshemmend und könnten zugleich die Inflation steigern. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass Importgüter in den Vereinigten Staaten rund 11% der Konsumausgaben ausmachen (Sherman, 2025). Dadurch könnten Zollerhöhungen eine dämpfende Wirkung auf die Konsumausgaben haben. Erste Anzeichen einer negativen wirtschaftlichen Dynamik lassen sich bereits beobachten: So schwächelt der Einzelhandel und die Zahl neuer Bauprojekte ist auf den niedrigsten Stand seit Mitte 2020 gefallen (The Economist, 2025).

Die unmittelbaren Auswirkungen der jüngsten Zollerhöhungen auf das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind bislang schwer quantifizierbar, da seit deren Inkrafttreten erst wenig Zeit vergangen ist. Im 1. Quartal 2025 verringerte sich das reale BIP annualisiert um 0,5% (The Economist, 2025). Diese Kontraktion war hauptsächlich auf einen deutlichen Anstieg der Warenimporte zurückzuführen, da Unternehmen ihre Lagerbestände vor Inkrafttreten der Zölle gezielt aufstockten. So verzeichneten die Warenimporte in der Periode Jänner bis Mai 2025 einen Zuwachs von 17% im Jahresvergleich (Sherman, 2025). Im 2. Quartal kam es hingegen zu einer deutlichen Erholung: Das reale BIP wuchs annualisiert um 3%, wobei der Rückgang der Importe zusätzlich zu dem Aufschwung beigetragen hat (The Economist, 2025).

Der US-amerikanische Aktienmarkt reagierte deutlich auf die Ankündigung neuer Zölle. So sank der S&P-500-Index Anfang April im Vergleich zum 20. Jänner 2025 um nahezu 20 Prozentpunkte. Nachdem die Umsetzung der angekündigten Zollerhöhungen zunächst ausblieb, konnte sich der Markt teilweise erholen. Ende Juni erreichte der Index wieder das Ausgangsniveau vom 20.

⁵⁾ Seit dem 18. September 2025 wurde der Leitzins auf die Zinsspanne von 4% bis 4,25% leicht gesenkt.

Jänner. Aktuell bewegt sich der S&P 500 auf einem Niveau, das dem Stand während der US-Präsidentenwahlen im November 2024 entspricht (The Economist, 2025). Allerdings sind bestimmte Branchen und Unternehmen nach wie vor erheblich betroffen, insbesondere jene, die besonders stark durch die Zollerhöhungen belastet werden (Sherman, 2025).

Auch der Wechselkurs des Dollar geriet im Zuge der handelspolitischen Spannungen erheblich unter Druck. Seit Ende Jänner 2025 verzeichnete die US-Währung eine deutliche Abschwächung, die zuerst durch die Ankündigung neuer Zollmaßnahmen ausgelöst wurde. Nach einer kurzen Erholungsphase setzte ab Mitte Mai ein erneuter Rückgang ein, der vor allem auf politische Spannungen zwischen Präsident Trump und der US-Zentralbank zurückzuführen war. Trumps wiederholte Forderungen nach einer Senkung des Leitzinses standen im Gegensatz zur Strategie der Fed, die eine vorsichtiger Linie verfolgte. Zudem brachte Trump die Möglichkeit ins Spiel, den US-Notenbankchef Jerome Powell auszutauschen. Diese Entwicklungen verstärkten die Unsicherheit sowohl in der internationalen als auch in der heimischen Wirtschaft. Hinzu kamen Bedenken hinsichtlich der steigenden Staatsverschuldung, die ebenfalls zur Schwächung des Dollar beitrugen. Ende September 2025 lag der handelsgewichtete Wechselkurs rund 10% unter dem Niveau von Ende Jänner (The Economist, 2025).

Den aktuellen Prognosen zufolge ist in den kommenden Monaten mit einem Anstieg der Inflation in den USA zu rechnen. Ein Grund hierfür ist, dass Unternehmen derzeit noch auf Lagerbestände zurückgreifen, die vor den Zollerhöhungen angelegt wurden und daher zu niedrigeren Kosten verfügbar sind. Künftig werden jedoch zunehmend teurere Warenbestände in die Produktion einfließen, wodurch sich die Kostenbasis erhöht. Darüber hinaus verfolgen Unternehmen eine strategische Preispolitik: Anstatt gestiegene Kosten unmittelbar und vollständig an die Konsumenten weiterzugeben, erfolgt die Anpassung schrittweise, um Nachfragerverluste zu vermeiden. Infolgedessen zeigt sich der volle Inflationseffekt zeitverzögert (Sherman, 2025; Hufbauer & Zhang, 2025). Während die Kerninflation Anfang 2025 noch bei knapp über 2% lag, wurde im August eine jährliche Inflationsrate von 2,9% verzeichnet. Dies entspricht einem Anstieg um 0,2 Prozentpunkte gegenüber Juli (The Economist, 2025).

Der Arbeitsmarkt in den Vereinigten Staaten zeigt seit Mitte 2025 eine leichte Abschwächung. In der offiziellen Arbeitslosenquote ist diese Entwicklung bislang zwar kaum erkennbar, doch lassen sich erste Anzeichen in der Dynamik der Beschäftigung beobachten. Während die Entwicklung der neu geschaffenen Stellen bis April 2025 noch positiv ausfiel – im Jänner wurden beispielsweise 143.000 neue Arbeitsplätze gemeldet –, setzte ab Mai eine Verschlechterung ein (The Economist, 2025). Für Mai wurden niedrigere Zuwächse verzeichnet und für Juni wurde sogar ein Rückgang bei den neuen Stellen verzeichnet (Wallace & Stiles, 2025). Im Juli kam es zwar zu einem Anstieg von 73.000 neuen Stellen, dieser lag jedoch deutlich unter den Werten zu Jahresbeginn. Im August fiel die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze mit 22.000 weiter zurück, verglichen mit einer Markterwartung von 75.000 Stellen (The Economist, 2025).

Auch in der Handelsbilanz spiegeln sich die Effekte der Zollpolitik wider. So vergrößerte sich das Defizit im Übergang vom 4. Quartal 2024 zum 1. Quartal 2025 real um 311.724 Mrd. \$, was einer Verschlechterung um 29,1% entspricht. Diese Entwicklung war in erster Linie auf einen starken Anstieg der Importe zurückzuführen. Vom ersten auf das 2. Quartal 2025 kam es hingegen zu einer Verbesserung: Das Handelsbilanzdefizit verringerte sich um 322.681 Mrd. \$, was einer Verbesserung um 23,3% entspricht (U.S. Bureau of Economic Analysis, 2025).

Hufbauer und Zhang (2025) zeigen, dass die Konsumgüter zwischen Jänner und Juli 2025 die höchsten absoluten Zolleinnahmen generierten, gefolgt von Vorleistungen der Industrie, Investitionsgütern und Rohstoffen. Für Konsumgüter belief sich die Veränderung der Zolleinnahmen zwischen Jänner und Juli auf etwas mehr als 10 Prozentpunkte, wobei die Zolleinnahmen insgesamt im Juli etwa 15% des Gesamtimportwerts ausmachten. Bei den industriellen Zwischenprodukten war die Veränderung mit knapp 8 Prozentpunkten etwas geringer. Die Kategorie der Investitionsgüter verzeichnete ihren stärksten Anstieg zwischen Februar und April. Im Juli

2025 lagen die Zolleinnahmen bei 6,4%, verglichen mit 1,1% im Jänner. Bei Rohstoffen fiel der Anstieg mit 0,2% im Jänner und 1,3% im Juli moderater aus (Hufbauer & Zhang, 2025). Das von politischen Entscheidungsträger:innen vorgebrachte Argument, wonach die zusätzlichen Zolleinnahmen wesentlich zur Schließung der Haushaltslücke beitragen könnten, lässt sich durch die aktuellen Daten nicht stützen. Nach Berechnungen von Hufbauer und Zhang (2025) beliefen sich die Zolleinnahmen zwischen Jänner und Juli 2025 auf 2,4% der für das Jahr 2025 prognostizierten Staatseinnahmen in Höhe von 5,2 Bio. \$.

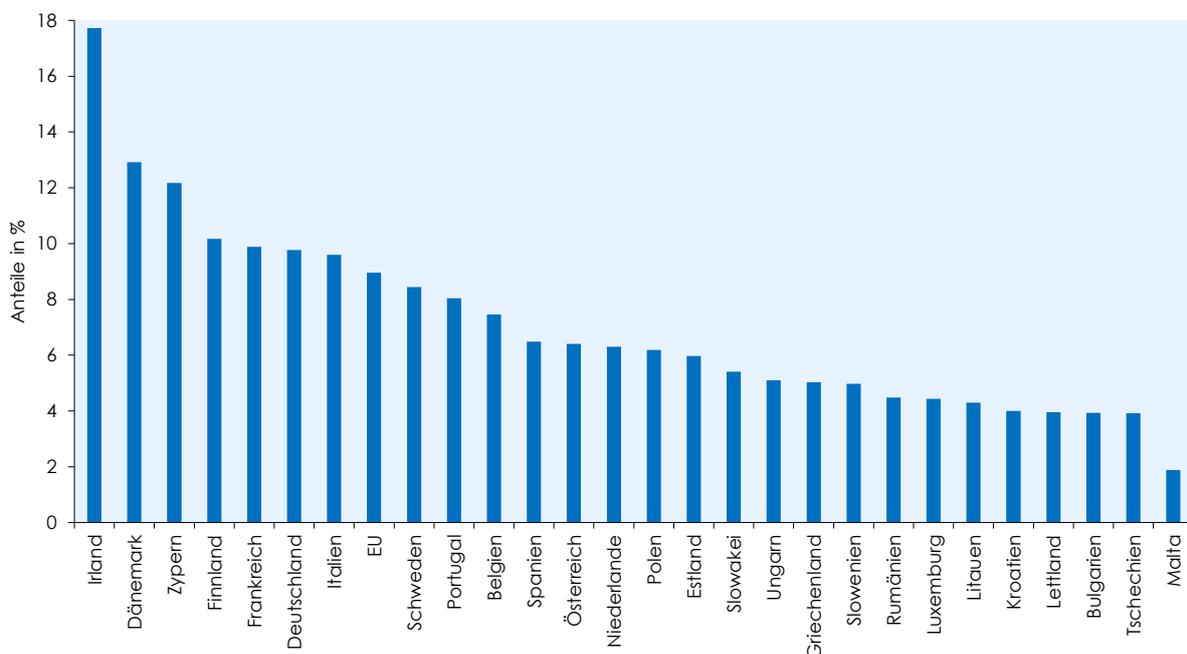
2.3 Potenzielle Auswirkungen der angekündigten Zollerhöhungen

Zu den möglichen ökonomischen Auswirkungen der angekündigten und teilweise durchgeführten Zollerhöhungen auf die betroffenen Länder auf makroökonomischer Ebene wurde auf Basis von verschiedenen Modellen schon viel gesagt. Es ist vielleicht überraschend, dass die Resultate basierend auf Standardmodellen für die meisten Länder eher kleine makro-ökonomische Auswirkungen vorhersagen, die im Bereich von sehr gering bis etwa -0,5% des BIP je nach dem zugrundeliegenden Zollszenario, dem zugrundeliegenden Modell und damit verbundenen Annahmen oder der zeitlichen Dimension liegen. In diesem Bericht wird daher der Schwerpunkt auf industriespezifische Dimensionen gelegt, wobei Resultate für Österreich und die EU gezeigt werden.

2.3.1 Wirtschaftliche Exportverflechtungen mit den USA

Um die Auswirkungen abschätzen zu können, zeigen wir zunächst die wirtschaftlichen Verflechtungen mit den USA auf Industrieebene basierend auf der multi-regionalen Input-Output-Tabelle (MR IOT) von Eurostat (FIGARO) für das Jahr 2023 (dem letzten verfügbaren Jahr). Diese Daten (Release 2025) beinhalten Informationen für die Ströme von Intermediär- und Finalgütern zwischen 50 Ländern aufgeschlüsselt nach 64 NACE 2-Steller Industrien und inkludieren somit Exporte und Importe für Waren und Dienstleistungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Abbildung 2.1: Anteil der Bruttoexporte in die USA in % der gesamten Bruttoexporte, 2023



Quelle: Eurostat/FIGARO, wiiw-Berechnungen.

Übersicht 2.1: Exporte gesamt und in die USA (in Mio. €) und Anteile in %, 2023

	Österreich			EU		
	Gesamt	USA	Anteil in %	Gesamt	USA	Anteil in %
Gesamt	227.328,8	14.553,5	6,4	7244.509,0	648.921,4	9,0
A01	1.648,5	31,8	1,9	108.867,7	2.393,0	2,2
A02	153,1	2,6	1,7	6.251,8	173,0	2,8
A03	11,1	0,5	4,4	4.210,3	175,4	4,2
B	426,6	6,3	1,5	37.004,8	635,4	1,7
C10T12	16.579,0	901,8	5,4	421.247,4	26.669,4	6,3
C13T15	2.421,5	49,5	2,0	119.564,1	8.559,7	7,2
C16	6.249,0	269,5	4,3	61.772,4	4.213,4	6,8
C17	5.875,5	116,5	2,0	100.821,1	4.994,5	5,0
C18	373,3	20,3	5,4	6.786,3	748,0	11,0
C19	3.677,2	48,3	1,3	219.583,9	12.639,6	5,8
C20	15.442,6	568,0	3,7	442.928,9	34.267,5	7,7
C21	4.201,0	922,4	22,0	310.476,8	78.184,5	25,2
C22	4.984,8	244,9	4,9	163.478,7	9.690,2	5,9
C23	2.421,8	138,9	5,7	70.489,1	6.042,5	8,6
C24	16.757,0	1.158,1	6,9	263.049,9	14.789,8	5,6
C25	12.199,8	1.140,9	9,4	184.916,5	13.379,5	7,2
C26	9.726,0	728,3	7,5	303.395,2	25.305,3	8,3
C27	9.920,8	606,1	6,1	218.897,9	15.353,9	7,0
C28	21.354,9	2.212,9	10,4	453.069,4	45.675,2	10,1
C29	14.325,6	1.603,1	11,2	562.207,1	40.269,5	7,2
C30	4.361,1	502,3	11,5	152.626,7	17.532,5	11,5
C31_32	4.872,5	584,1	12,0	144.953,2	21.040,8	14,5
C33	1.792,3	91,6	5,1	36.293,2	3.288,9	9,1
D35	3.482,1	17,7	0,5	61.733,3	1.510,5	2,4
E36	7,0	0,2	2,4	2197,2	81,9	3,7
E37T39	836,8	11,9	1,4	36.848,4	911,9	2,5
F	1.724,4	44,2	2,6	44.823,1	1.787,0	4,0
G45	1.386,1	36,8	2,7	60.412,9	4.579,8	7,6
G46	15.984,8	574,4	3,6	531.110,0	54.245,4	10,2
G47	1.145,0	41,2	3,6	99.977,1	8.551,9	8,6
H49	5.444,3	424,6	7,8	152.817,5	10.639,4	7,0
H50	14,5	1,8	12,2	221.062,3	25.878,1	11,7
H51	1.775,0	248,8	14,0	78.970,3	13.697,8	17,3
H52	3.435,3	62,8	1,8	116.502,6	6.208,2	5,3
H53	1.163,6	23,5	2,0	23.796,0	1.862,2	7,8
I	2.078,8	14,6	0,7	22.796,6	625,7	2,7
J58	1.194,3	58,5	4,9	105.140,8	14.596,2	13,9
J59_60	356,9	15,2	4,3	21.497,0	2.614,0	12,2
J61	788,8	25,8	3,3	37.069,7	3.147,6	8,5
J62_63	5.942,8	211,4	3,6	352.145,2	32.328,8	9,2
K64	2.813,8	114,7	4,1	163.640,4	15.997,0	9,8
K65	891,0	40,3	4,5	49.169,8	8.950,5	18,2
K66	847,5	24,7	2,9	35.587,3	2.869,3	8,1
L	290,6	9,1	3,1	9.515,1	706,5	7,4
M69_70	4.833,3	150,7	3,1	197.063,2	16.297,1	8,3
M71	3.162,1	89,9	2,8	61.025,3	4.707,4	7,7
M72	1.112,2	54,7	4,9	45.861,6	3.983,1	8,7
M73	1.326,0	39,0	2,9	42.891,2	3.628,7	8,5
M74_75	370,9	8,3	2,2	19.567,4	1.219,3	6,2
N77	1.271,8	22,4	1,8	96.117,1	5.314,3	5,5
N78	174,3	4,1	2,3	8.191,0	636,7	7,8
N79	136,7	5,4	4,0	20.261,9	2.284,0	11,3
N80T82	606,6	20,9	3,5	62.639,9	5531,9	8,8
O84	615,9	15,1	2,5	23.182,0	2504,9	10,8
P85	920,8	27,2	3,0	13.542,0	1076,6	8,0
Q86	562,2	35,1	6,2	6.626,2	713,9	10,8
Q87_88	18,0	0,6	3,0	847,5	71,2	8,4
R90T92	450,4	117,3	26,1	16.554,6	2.212,6	13,4
R93	219,1	5,3	2,4	2.803,3	223,2	8,0
S94	113,6	4,5	3,9	2.120,8	163,8	7,7
S95	16,4	0,5	3,2	1.773,8	223,8	12,6
S96	40,1	1,1	2,7	3.731,0	317,6	8,5
T	0,0	0,0	,	4,1	0,4	9,6
U	0,0	0,0	,	0,0	0,0	

Quelle: Eurostat/FIGARO, wiiv-Berechnungen.

Abbildung 2.1 zeigt den Anteil der Bruttoexporte in die USA an den gesamten Exporten für die EU-Länder. Dieser reicht von fast 18% für Irland bis zu 4% für Kroatien, Lettland, Bulgarien oder Tschechien und nur 2% für Malta. Österreichs Anteil der Exporte in die USA liegt bei 6,4%, also unter dem Wert für die EU mit 9,0%. Übersicht 2.1 gibt einen Überblick über die gesamten Bruttoexporte Österreichs und der EU gesamt und in die USA (in Mio. EUR) als auch den Anteil der Bruttoexporte in die USA an den gesamten Bruttoexporten für die einzelnen Industrien. Österreich exportiert insgesamt 227 Mrd. € wovon wie schon erwähnt 6,4% (14,5 Mrd. €) in die USA gehen. Die Industrien mit dem höchsten Anteil der Exporte in die USA von mehr als 10% sind C21 (Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen), C28 (Maschinenbau), C29 (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen) und C31_32 (Herstellung von Möbeln; Herstellung von sonstigen Waren). Im Vergleich liegt der Anteil der Bruttoexporte aller EU-Länder in die USA bei 9,0%, wobei einige weitere Industrien wie Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern (C18), aber auch Dienstleistungen wie etwa Großhandel (G46), Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen, ohne Sozialversicherung (K65), oder Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen (N79) und andere einen Anteil von über 10% der Exporte in die USA aufweisen.

In den Bruttoexporten eines Landes ist auch Wertschöpfung anderer Länder durch die Verwendung importierter Vorleistungsgüter zur Produktion der Exporte enthalten. Input-Output Methoden erlauben, nur den heimischen Wertschöpfungsanteil in den Exporten zu berechnen, die dann mit der Wertschöpfung des Landes oder der Industrien verglichen werden können. Übersicht 2.2 zeigt die Resultate für Österreich. Gesamt werden in Österreich etwa 32% des BIP durch Exporte erwirtschaftet⁶⁾. Davon sind nicht ganz 2 Prozentpunkte aufgrund der Exporte in die USA, was einem Betrag von etwa 13,6 Mrd. € entspricht. Aber auch in den Exporten anderer Länder in die USA ist österreichische Wertschöpfung enthalten, die sich auf etwa 1,4% des österreichischen BIP belaufen. Somit können etwas mehr als 3% der österreichischen Wertschöpfung den US-Importen zugerechnet werden. Österreich liegt damit im Mittelfeld im Vergleich zu den anderen EU-Ländern (siehe Übersicht 2.2).

Bricht man diese Berechnungen auf die einzelnen Industrien runter sind wieder die am stärksten betroffenen Industrien die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (C21), C28 (Maschinenbau), C29 (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen), jedoch auch die Metallherzeugung und -bearbeitung (C24), die Herstellung von Metallernzeugnissen (C25), und Sonstiger Fahrzeugbau (C30), die am meisten unter den Zolleskapaden der US-Administration leiden könnten.

⁶⁾ Der oft verwendete Indikator der Bruttoexporte relativ zum BIP liegt gemäß der verwendeten Daten bei etwa 55%.

Übersicht 2.2: Wertschöpfungsexporte gesamt und in die USA in % der österreichischen Wertschöpfung, 2023

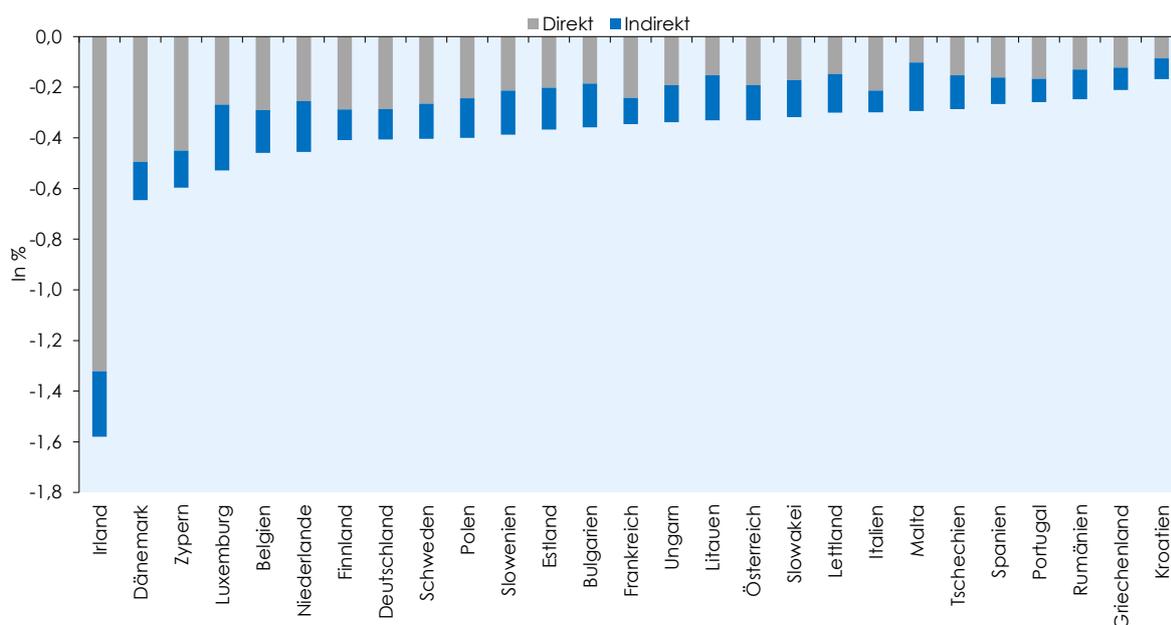
	Wertschöpfung in den österreichischen Exporten Gesamt	Exporte in die USA	Österreichische Wert- schöpfung in den Expor- ten anderer Länder in die USA	Österreichische Wert- schöpfung in US-Importen
Gesamt	31,8	1,9	1,4	3,3
A01	53,0	2,2	0,9	3,1
A02	55,2	2,0	2,5	4,5
A03	18,9	0,8	0,5	1,3
B	46,5	1,6	2,0	3,6
C10T12	60,7	3,3	0,9	4,2
C13T15	88,5	2,0	2,1	4,0
C16	64,3	3,0	2,8	5,7
C17	85,5	2,2	3,9	6,1
C18	53,6	2,7	2,3	5,0
C19	59,4	1,4	3,1	4,5
C20	89,9	3,5	5,8	9,2
C21	77,4	16,4	4,1	20,4
C22	73,6	3,8	3,6	7,4
C23	42,8	2,5	1,7	4,2
C24	90,3	6,5	6,4	12,9
C25	78,3	7,2	3,5	10,7
C26	80,4	6,0	3,3	9,3
C27	75,6	4,7	3,1	7,9
C28	74,2	7,5	2,5	10,0
C29	88,7	9,8	2,9	12,7
C30	78,4	8,9	2,1	11,0
C31_32	51,8	6,0	1,5	7,5
C33	49,8	2,8	2,4	5,1
D35	38,1	1,4	1,7	3,2
E36	20,7	1,2	0,9	2,1
E37T39	41,0	1,8	2,3	4,1
F	12,0	0,6	0,5	1,1
G45	23,6	1,0	1,0	2,1
G46	51,6	2,4	2,8	5,3
G47	6,9	0,3	0,3	0,6
H49	46,2	3,2	2,2	5,4
H50	27,2	2,3	2,0	4,3
H51	52,1	6,6	1,7	8,3
H52	46,7	1,8	2,8	4,6
H53	57,9	1,8	2,4	4,2
I	9,2	0,2	0,2	0,4
J58	49,0	2,4	1,7	4,1
J59_60	39,4	1,9	1,4	3,3
J61	28,7	1,3	1,1	2,4
J62_63	43,3	1,8	1,7	3,4
K64	37,8	1,9	1,6	3,4
K65	19,7	1,0	0,7	1,7
K66	41,4	1,6	2,1	3,7
L	9,1	0,5	0,4	0,9
M69_70	45,8	2,0	2,2	4,2
M71	44,8	1,7	1,7	3,4
M72	28,4	1,4	0,6	2,1
M73	53,6	2,3	2,9	5,2
M74_75	38,5	1,5	1,7	3,2
N77	40,5	1,7	2,1	3,9
N78	39,5	2,5	1,7	4,2
N79	11,8	0,6	0,4	1,0
N80T82	27,5	1,4	1,2	2,6
O84	3,6	0,1	0,1	0,3
P85	5,3	0,2	0,1	0,3
Q86	2,1	0,1	0,1	0,2
Q87_88	0,4	0,0	0,0	0,0
R90T92	12,4	2,7	0,2	2,9
R93	13,5	0,5	0,4	1,0
S94	6,6	0,3	0,3	0,6
S95	24,3	1,3	1,0	2,3
S96	2,6	0,1	0,1	0,2
T	0,0	0,0	0,0	0,0
U

Quelle: Eurostat/FIGARO, wiiv-Berechnungen.

2.3.2 Auswirkungen eines Rückgangs der US-Importe

Wie schon erwähnt, ist eine Abschätzung der Auswirkungen der angekündigten Zölle schwierig, auch da sich diese laufend ändern. Ein weiterer Aspekt ist, dass nun nicht nur die direkten Exporte der betroffenen Länder in die USA aufgrund höherer Zölle sinken werden, sondern die Länder und Industrien auch indirekt betroffen sind, da diese Zulieferer zu Exporten anderer Länder sind, die ebenfalls von unterschiedlich hohen Zöllen oder Zollrohungen betroffen sind. In Abbildung 2.2 zeigen wir daher die Effekte eines Rückgangs der US-Importe aus allen Ländern um 10% auf das BIP der europäischen Länder getrennt nach dem direkten und indirekten Effekt⁷⁾. Besonders stark betroffen wäre demnach Irland, dessen BIP um etwa 1,6% sinken würde. Das BIP der meisten EU-Länder wäre gemäß diesem Szenario im Bereich von -0,6% bis etwa -0,2% betroffen. Österreich liegt dabei mit einem Rückgang von etwa 0,3%⁸⁾ im Mittelfeld.

Abbildung 2.2: BIP-Auswirkungen eines Rückgangs der US-Importe um 10%



Quelle: Eurostat/FIGARO, wiiw-Berechnungen.

2.4 Die US-Politik als Sargnagel des regelbasierten Welthandelssystems?

Seit Beginn seiner zweiten Amtszeit setzt US-Präsident Donald Trump seine "Make America Great Again"-Politik mit aggressiven und oft erraticen Zollerhöhungen durch. Die Motive dahinter sind vielfältig, wie oben ausgeführt. Ökonomische Studien zeigen jedoch vielleicht moderat erscheinenden Verluste durch die Zölle, die allerdings – wie gezeigt – den Anteil der in den Ländern produzierten Wertschöpfung aufgrund der US-Importe widerspiegeln. Verschiedene Studien und ökonomische Modelle zeigen aber auch klar auf, dass es durch die Zollkonflikte wahrscheinlich nur Verlierer gibt. Das seit langem geltende regelbasierte Welthandelssystem ist durch die gegenwärtigen Entwicklungen daher in seiner Existenz stark gefährdet, wenn nicht

⁷⁾ Der hier gezeigte indirekte Effekt beinhaltet beispielsweise Exporte Österreichs nach Kanada, die zur Produktion der kanadischen Exporte in die USA, die ebenfalls um 10% sinken, verwendet werden.

⁸⁾ Bei höheren Zollsätzen oder einer starken Preiselastizität der US-Importnachfrage und somit einem stärkeren Rückgang der US-Importe würden diese Werte entsprechend höher liegen. Umgekehrt würden bei weiteren Anpassungsmechanismen wie Handelsumlenkung oder Modellen unter der Annahme der Vollbeschäftigung (z. B. Stehrer & Reiter, 2025), die Effekte auch geringer ausfallen.

schon zerstört, wodurch strategisches Verhalten der Länder gegenüber den USA aber auch gegenseitig das handelspolitische Geschehen weltweit dominiert.

In dieser Hinsicht hat die US-Zollpolitik auch aus europäischer Sicht zentrale Auswirkungen. Das jüngste Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union hat niedrigere Zolltarife im Vergleich zu anderen Handelspartnern der USA erzielt (Europäische Kommission, 2025). Zudem wirkt es zukünftigen Drohungen entgegen, wie etwa den neuen Zöllen auf Holz- und Möbelwaren, die Präsident Trump vor kurzem in Aussicht stellte und die für die EU bei 15% begrenzt sind (Williams & Gridneff, 2025). Dennoch bleibt die Handelsspannung zwischen den beiden Wirtschaftsräumen bestehen. Besonders relevant ist hierbei der Dienstleistungshandel: Da die Vereinigten Staaten traditionell einen deutlichen Überschuss im Dienstleistungshandel mit der EU erzielen, wären US-Unternehmen durch mögliche Einschränkungen seitens der EU erheblich betroffen. Umgekehrt würde eine solche Entwicklung auch innerhalb der EU ökonomische Konsequenzen entfalten, wobei vor allem Irland als wichtiger Standort für US-amerikanische Dienstleistungsunternehmen stark betroffen wäre (Martens, 2025).

3. Anhang

Übersicht A3.1 Industrieklassifikation (NACE 2-Steller)

Code	Beschreibung
A01	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten
A02	Forstwirtschaft und Holzeinschlag
A03	Fischerei und Aquakultur
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
C10T12	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln; Getränkeherstellung; Tabakverarbeitung
C13T15	Herstellung von Textilien; Herstellung von Bekleidung; Herstellung von Leder, Lederwaren und ähnlichen Produkten aus anderen Materialien
C16	Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren, ohne Möbel
C17	Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus
C18	Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern
C19	Kokerei und Mineralölverarbeitung
C20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen
C21	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
C22	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
C23	Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
C24	Metallerzeugung und -bearbeitung
C25	Herstellung von Metallerzeugnissen
C26	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen
C27	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen
C28	Maschinenbau a. n. g.
C29	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
C30	Sonstiger Fahrzeugbau
C31_32	Herstellung von Möbeln; Herstellung von sonstigen Waren
C33	Reparatur, Instandhaltung und Installation von Maschinen und Ausrüstungen
D35	Energieversorgung
E36	Wasserversorgung
E37T39	Abwasserentsorgung; Sammlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen; Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Tätigkeiten in der Abfallbewirtschaftung
F	Baugewerbe/Bau
G45	Groß- und Einzelhandel und Reparatur von Kraftfahrzeugen
G46	Großhandel, außer Kraftfahrzeuge
G47	Einzelhandel
H49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen
H50	Schifffahrt
H51	Luffahrt
H52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr
H53	Post-, Kurier- und Expressdienste
I	Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie
J58	Verlagswesen
J59_60	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik; Rundfunkveranstalter, Nachrichtenagenturen und sonstige Verbreitung von Medieninhalten
J61	Telekommunikation
J62_63	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie; Datenverarbeitung, Hosting und Erbringung sonstiger Informationsdienstleistungen
K64	Erbringung von Finanzdienstleistungen
K65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen, ohne Sozialversicherung
K66	Mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten
L	Grundstücks- und Wohnungswesen
M69_70	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung; Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung
M71	Tätigkeiten von Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung
M72	Forschung und Entwicklung
M73	Werbung und Marktforschung sowie Public-Relations-Beratung
M74_75	Sonstige wissenschaftliche und technische Tätigkeiten; Veterinärwesen
N77	Vermietung und Leasing
N78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
N79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen
N80T82	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien; Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau; Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen
O84	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung
P85	Erziehung und Unterricht
Q86	Gesundheitswesen
Q87_88	Heime, ohne Erholungs- und Ferienheime; Sozialwesen, ohne Heime
R90T92	Kunstschaffende Tätigkeiten und Tätigkeiten in der darstellenden Kunst; Bibliotheken, Archive, Museen, botanische und zoologische Gärten; Spiel-, Wett- und Lotteriewesen
R93	Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung
S94	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen, ohne Sozialwesen und Sport
S95	Reparatur und Instandhaltung von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern sowie von Kraftwagen und Kraftfahrzeugen
S96	Erbringung von überwiegend persönlichen Dienstleistungen
T	Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt
U	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

Quelle: Eurostat/FIGARO und Eurostat.

4. Literatur

- Europäische Kommission (2025). Joint Statement on a United States-European Union framework on an agreement on reciprocal, fair and balanced trade. 21 August.
- Hufbauer, G. C., & Zhang, Y. (2025). Trump's tariff revenue tracker: How much is the US collecting? Which imports are hit? Peterson Institute for International Economics.
- Martens, B. (2025). EU targeting of digital services in tariff retaliation would present challenges. *Bruegel*, 11 April 2025.
- Miran, S. (2024). *A User's Guide to Restructuring the Global Trading System*. New York. Hudson Bay Capital.
- Schiman-Vukan, St., & Ederer, St. (2025). Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Konjunkturprognose*, 3.
- Sherman, N. (2025). What have tariffs really done to the US economy? *BBC News*, 4. Juli.
- Stehrer, R., & Reiter, O. (2025). Mögliche Auswirkungen der von D. Trump angekündigten US-Zollerhöhungen. *FIW Spotlight*. Abgerufen am 5. August 2025. <https://www.fiw.ac.at/2024/10/24/moegliche-auswirkungen-der-von-d-trump-an-gekuendigten-us-zollerhoehungen/>.
- The Economist (2025). 256 days into Donald Trump's term. 5. Oktober.
- U.S. Bureau of Economic Analysis (2025). Real Net Exports of Goods and Services [NETEXC]. Federal Reserve Bank of St. Louis. <https://fred.stlouisfed.org/series/NETEXC>
- Wallace, A., & Stiles, M. (2025). The state of the US economy, in 9 charts. *CNN*.
- Williams, A., & Gridneff, I. (2025). Donald Trump announces timber and furniture tariffs in national security probe. *Financial Times*, 30 September.
- Wollmershäuser, T., Ederer, St., Fourné, F., Lay, M., Lehmann, R., Link, S., Schasching, M. Wibault, T., Wolf, G., & Zarges, L. (2025). ifo Konjunkturprognose Herbst 2025: Finanzpolitik könnte deutsche Wirtschaft aus der Krise hieven. *ifo Schnelldienst Digital*, 14, 1-15.